

DISKRIMINIERT ALS **GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND**

NS-HINRICHTUNG VON 4 **POLIZISTEN**

bedingter Pause

MANEO WÜRDIGT ENGAGEMENT



Opferhilfe

NEUES MANEO-FALTBLATT ZU ZWANGSHEIRAT VERBRECHEN IM NAMEN DER FAMILIENEHRE VERHINDERN!

wangsverheiratung wird oft als Problem wahrgenommen, das Frauen bedroht. Aber auch schwule oder bisexuelle Männer sind betroffen. Für Betroffene haben wir jetzt ein neues Faltblatt herausgegeben.

Es war am 7. Februar 2005: Damals wurde Hatun Sürücü von ihrem jüngsten Bruder mit drei Kopfschüssen unweit ihrer Wohnungs in Berlin-Tempelhof ermordet. In diesem Jahr, am 17. Januar, wäre die Deutsch-Kurdin 40 Jahre alt geworden.

MANEO appelliert mit Video gegen Zwangsverheiratung

Nach der Bluttat gab es viel mediale Aufmerksamkeit, erinnert sich Seyran Ateş. Doch was hat die Gesellschaft aus dem Ehrenmord an Hatun Sürücü gelernt? "Noch heute leiden sehr viele Mädchen und Frauen darunter, dass sie weder ein selbstbestimmtes Leben führen dürfen, noch selber darüber entscheiden, wen sie lieben und wie sie leben möchten, mahnt Ateş in einem Video, das MANEO anlässlich des 40. Geburtstags im Januar veröffentlich hat. "Es darf sich nicht immer wiederholen, dass Frauen getötet werden, weil sie einfach nur frei leben wollen."

In demselben Video erklärte die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balcı: "Von Hatun haben wir gelernt, wie stark die einzelne sein kann, wie sehr eine Frau kämpfen kann, wie sehr sie vieles hinter sich lassen kann und trotzdem – war sie allein am Ende". Die Unterstützung für Betroffene könne gar nicht groß genug sein. "Bis heute haben wir junge Menschen die bis in den letzten Winkel fliehen um sich vor ihren Familien zu verstecken schlicht aus dem Grund weil sie ein ganz nor-males Leben führen wollen und bis heute werden diese junge Frauen gefun-den und ermordet", so Güner Balcı.

Auch junge Schwule von Zwangsverheiratung betroffen

Auch junge Männer sind betroffen. Und mindestens die Hälfte von ihnen sind homosexuell. An unsere Beratungsstelle MANEO wenden sich regelmäßig Schwule, die von ihrer Familie unter Druck gesetzt oder offen mit brutaler Gewalt bedroht werden, nur weil sie nicht akzeptieren kann, dass sie schwul sind, und dass sie eine Beziehung mit einem Mann eingehen wollen. "In Deutschland sind Zwangsehen verboten, auch der Versuch, eine Ehe zu erzwingen", erklärt MANEO-Leiter Bastian Finke. "Mit Druck und Gewalt wird Menschen das Selbstbestimmungsrecht entzogen, sich frei zu verlieben und eine wirkliche Liebesbeziehung einzugehen."

Darum berät und unterstützt MANEO Betroffene und kooperiert dafür auch mit weiteren Hilfe- und Schutzeinrichtungen. Außerdem hat MANEO jetzt ein Faltblatt "Zwangsverheiratung" herausgegeben, mit der wir über das Phänomen aufklären.

Kinder in ein selbstbestimmtes Leben unterstützen!

Man spricht von Zwangsverheiratung, wenn jemand durch Ausübung von Gewalt oder Drohungen zum Eingehen einer Ehe gezwungen wird. Sei es formell wie beim Standesamt oder informell etwa durch eine Ehe, die innerhalb einer religiösen Zeremonie geschlossen wird.

Aber auch wenn Betroffnen die Auflösung einer (Zwangs-) Ehe durch Scheidung oder Trennung unter Androhung von Gewalt oder durch Entziehung existenzieller Grundlagen unmöglich gemacht wird. Des weiteren zählt dazu, wenn die Weigerung eine Ehe einzugehen, ignoriert wird; wenn Betroffene es aus Angst nicht wagen, sich dem zu widersetzen oder ihnen mit existentiellen, finanziellen oder ausländerrechtlichen Konsequenzen gedroht wird.

Grundsätzlich gilt: "Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Jedes Kind hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Niemand hat das Recht, das Leben eines anderen Menschen vorzubestimmen, über seine Sexualität zu bestimmen", erklärt die Integrationsbeauftragte Balcı. "Wenn wir Verbrechen im Namen der Ehre in Zukunft verhindern wollen, dann müssen wir uns genau das bewusst machen: Wir müssen die Kinder stärken und sie begleiten auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben."

Zum Video "MANEO: Gedenken an Hatun Sürücü(40. Geburtstag am 17. Januar 2022)"



Um in Deutschland einen Asylantrag zu stellen, muss man sich erst im Amt für Geflüchtete registrieren lassen, wo dann entschieden wird, im welchen Bundesland das Asylverfahren stattfinden wird. Eigentlich dauert dieser Prozess ein bis zwei Tage. Jedoch aufgrund des russischen Angriffskrieges und den damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine war das Landesamt für Geflüchtete (LAF) in Berlin überlastet. Sie suchten mehrmals vergeblich das LAF persönlich auf. Es dauerte mehrere Tage, bis sie angenommen wurden. In diesen Tagen wohnten sie zuerst in einem Hotel. Die Unterkunft für LSBTIQ*-Geflüchtete – organisiert von der Schwulenberatung – war bereit, die beiden jungen Männer aufzunehmen, wofür die Registrierung beim LAF und eine Kostenübernahme des LAF erforderlich war.

Bei einem der Besuche beim LAF wollte eine Mitarbeiterin die besondere Schutzbedürftigkeit des Paares nicht anerkennen und hat sie in Anwesenheit des Mitarbeiters von MANEO homophob beleidigt. Sie wollte das junge Paar nicht zu Registrierung vorlasen, mit der Begründung, dass das Amt überfüllt sei. Als der Mitarbeiter von MANEO versuchte, ihr die Situation zu erklären, wollte sie ihm nicht zuhören und meinte, dass die jungen Männer in die allgemeine Notunterkunft gehen sollten. Den besonderen Status wollte sie nicht akzeptieren. Außerdem habe sie erklärt: Wenn das schwule Paar "in der Unterkunft nicht überall rumvögelt", würde es auch "keine Probleme kriegen".

MANEO hat sich für das Paar eingesetzt und Beschwerde beim LAF und bei der LADS eingelegt. Dies führte zu internen Ermittlungen, Auch das Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit dem Vorfall.

Am Ende entschuldigte sich das LAF offiziell bei dem Paar und versprach, die Vorbereitung und Sensibilisierung eigener Mitarbeiter*innen und Sicherheitskräfte zu verstärken.

Fortsetzung in Niedersachsen

MANEO ist ein Berliner Projekt und berät schwule und bisexuelle Männer in Berlin. Aber in diesem konkreten Fall war für uns wichtig, uns in Niedersachsen weiter zu engagieren. Denn das LAF in Berlin hatte entschieden, das schwule Paar aus Russland nach Niedersachsen zu verlegen – trotz verfügbarer Wohnmöglichkeit in der Unterkunft für LSBTIO*-Geflüchtete in Berlin.

Weitere homophobe Diskriminierungen

Zuerst kamen sie in eine Aufnahmeunterkunft in Bramsche, wo sie sich einen Saal mit mehr als 40 weiteren Geflüchteten

teilen mussten. Nach mehreren Telefonaten und Gesprächen wurden sie als Paar anerkannt und erhielten ein Einzelzimmer, was ihnen laut Konzept zum Schutz geflüchteter Menschen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen auch von Anfang an zugestanden hätte.

Bei der weiteren Registrierung im Lager trafen sie oft auf unsensible Mitarbeiter*innen, die sich oft homophobe Sprüche erlaubt hatten. Leider gibt es in diesem Teil von Niedersachsen keine Beratungsstelle, die das Paar von MANEO hätten übernehmen können. Deshalb ließen wir sie nicht alleine und setzten uns auch außerhalb von Berlin für sie weiter ein.

Unser Angebot an russisch-sprechende Geflüchtete



Wir haben die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB) mehrmals angeschrieben, mit der dringenden Bitte, das Paar nach Hannover oder Oldenburg umzuverteilen, wo es LSBTIQ+-Vereine und Ansprechpartner gibt. Leider bekamen wir nie eine Antwort.

Dann wurde das Paar in den Landkreis Northeim umverteilt, wo sie in einer Notunterkunft ohne Privatsphäre leben mussten. Im Landkreis gibt es keine LSBTIQ+ -Vereine, Initiativen und Beratungsstellen. Die Behörden im Landkreis wussten nicht, was sie mit dem Paar machen sollten. Lange Zeit haben sie angenommen, dass die Beiden Geflüchtete aus der Ukraine sind. Zwei Monate lang wurden sie im Landkreis nicht registriert und haben auch keine Leistungen erhalten. Die LAB reagierte auch weiterhin nicht auf unsere Briefe.

Hilfe aus Oldenburg

Das Schwulenreferat der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hatte in dieser Zeit eine Veranstaltungsreihe zum CSD Oldenburg organisiert. Die Referatsmitglieder helfen schon seit langem LSBTIQ+ -Geflüchteten in Oldenburg und im Umkreis. Deshalb hatten wir sie auch über die Situation des schwulen Paares informiert, woraufhin sie die beiden jungen Männer während ihrer Zeit in Bramsche mit unterstützt hatten. Mit ihrer Hilfe wurde dann eine Podiumsdiskussion zum Thema LSBTIQ+ -Geflüchtete organisiert und zu dieser Veranstaltung Vertreter*innen der LAB eingeladen.

Am 16. Juni fand die Diskussion statt. Neben Vertreter*innen der Grünen, SPD, CDU, die Linke, Verein IBIS e.V. und LAB nahm auch unser Mitarbeiter Konstantin Sherstyuk daran teil. So erhielt die Situation des schwulen Paares öffentliches Gehör. Die Vertreter*innen der LAB Oldenburg haben daraufhin versprochen, den Fall zu übernehmen und zu recherchieren, wie zu der schwierigen Situation für das russische Paar kommen konnte. Das Schwulenreferat und IBIS e.V. boten weitere Unterstützung an.

Am 20.06.22 konnte das Paar nach Oldenburg umziehen. Es kam in eine Unterkunft der LAB, wo bereits 10% der Geflüchteten LSBTIQ+ sind, und wo die Mitarbeitenden für die Arbeit mit LSBTIQ+ sensibilisiert sind. Ihre Unterlagen werden endlich bearbeitet.

Wir bieten persönliche Erstgespräche auf Russisch und Ukrainisch jeden Donnerstag von 17-19:00 Uhr an. Nach Vereinbarung bieten wir außerdem freitags von 17-21 Uhr persönliche Beratung an.

Unser Angebot an ukrainisch-sprechende Geflüchtete



NACH HASS UND GEWALT

WIR SIND FÜR EUCH DA!



www.maneo.de/report 030 - 216 33 36

MANEO - Opferhilfe und Beratung: telefonisch täglich, 17 - 19 Uhr

Stop Homophobia, Trans*phobie, Racism, Antisemitism, all kind of Hate. Solidarisch gegen Hass und Gewalt!





Was ich erlebt habe

MEIN LEBEN GEHÖRT MIR

von Sammy, 20 Jahre

it unserer Aktion "Was ich erlebt habe" möchten wir LSBT* einladen, uns eine reale, kurze Geschichte über ein Ereignis aus ihrem Leben aufzuschreiben, also was sich zugetragen hat und wie es erlebt wurde. Eingeladen sind auch deren Eltern und Geschwister, über ein per-

sönliches Erlebnis oder eine Beobachtung zu erzählen, die sie mit ihren LSBT*-Kindern bzw. -Geschwistern gemacht haben. Hier veröffentlichen wir eine weitere Geschichte.

Schon mit 11-12 Jahren habe ich gemerkt, dass ich mich sowohl romantisch als auch sexuell zum männlichen Geschlecht und nicht zu Frauen hingezogen fühlte. Ich habe das aber verheimlich, da Homosexualität in meinem Herkunftsland verboten ist. Ich hatte schon damals große Angst, dass meine sexuelle Orientierung bekannt werden könnte.

Mit meiner Familie bin ich nach Deutschland geflohen, als ich 18 Jahre alt war. Als ich wegen meines Asylverfahrens zu einem Interview beim BaMF eingeladen war, sollte mich eigentlich ein Familienmitglied begleiten. Doch ich konnte alles so arrangieren, dass nur ich hingegangen bin. Ich erzählte dort, dass ich schwul bin, und dass ich in meinem Heimatland um mein Leben fürchten muss, wenn ich dort leben würde. Ich habe darum gebeten, dass niemand von meiner Familien davon wissen darf. Danach lief meine Post nicht mehr über die gemeinsame Wohnadresse. Wenig später erhielt ich meine Duldung.

Seitdem ich in Deutschland lebe, bin ich mutiger geworden. Trotzdem musste ich meine sexuelle Orientierung gegenüber meiner Familie verstecken. Als Familienangehörige mitbekamen, dass ich mich mit Freunden traf, von denen sie wussten, dass sie schwul sind, wurden sie misstrauisch. Ich spürte, dass sie etwas ahnten. Eines Tages besuchten mich meine Eltern und meine Brüder. Meine Schwester durfte nicht mit dabei sein. In dem Gespräch verboten sie mir dann jeglichen Kontakt zu Menschen außerhalb der Familie und meiner Arbeit. Sie drohten mir offen mit Gewalt, dass sie mich andernfalls umbringen würden. Für mich war das Gespräch ein wirklicher Schock. Alle meine Versuche, dagegen anzureden, nämlich dass wir jetzt in Deutschland leben und es hier doch normal sei, Freunde zu haben, waren vergeblich. Deshalb hielt ich meinen Mund und sagte nichts mehr.

Nach dem Gespräch fühlte ich mich sehr verletzt und bedroht. Ich habe richtig Angst entwickelt. Ich ahnte, was sie planten. Es war nur noch eine Frage der Zeit bis sie von mir verlangten, eine von ihnen ausgewählte Frau zu heiraten. Mir wurde klar, dass ich nicht mehr so weiterleben konnte. Dann beschloss ich, alles liegen zu lassen und wegzulaufen. Ich bin in den darauffolgenden Tagen normal zur Arbeit gegangen und habe mich unauffällig verhalten. Gleichzeitig habe ich meine Flucht vorbereitet. Schließlich haute ich ab.

Ich kam zuerst bei einem Freund in einer anderen Stadt unter. An einem Abend sind wir gemeinsam zu einer Polizeiwache gegangen. Ich sprach mit einem Beamten durch eine Glasscheibe und erzählte ihm, dass ich schwul bin und was sich zugetragen hatte, und dass ich weggelaufen bin, weil ich große Angst vor meiner Familie habe. Ich sagte ihm, dass ich weiß, dass meine Familie nach mir suchen wird, dass ich aber von ihnen nicht gefunden werden will. Ich hatte Angst, dass sie mich mit einer Vermisstenanzeige ausfindig machen könnten. Der Beamte überprüfte meinen Ausweis und sagte, dass noch keine Vermisstenanzeige gestellt worden war. Das war alles. Das Gespräch dauerte 15 Minuten. Danach bin ich gegangen, nicht wirklich beruhigt und ohne weitere Tipps.

Aus Angst zog ich weiter zu einem anderen Bekannten in eine andere Stadt. Aber auch in dieser Stadt hatte ich Angst, dass mich irgendwelche Bekannten meiner Familie entdecken könnten. Einmal rief ich von einer anonymen Telefonnummer einen Bekannten meiner Familie an, nur um zu hören, was die Familie jetzt unternimmt. Meine Sorge wurde leider bestätigt. Familienmitglieder unternehmen alles, um nach mir zu suchen. Ich ließ ihnen ausrichten, dass sie mich in Ruhe lassen und nicht weiter nach mir suchen sollen. Ob das etwas gebracht hat weiß ich nicht. Ich habe weiter große Angst vor der Gewalt, die meine Familie mir angedroht hat.

Ich habe dann MANEO gefunden. Von dort habe ich Hilfe und Unterstützung erhalten. Ich will mein Leben selbst bestimmen. Mein Leben gehört mir. Obwohl ich jetzt weit weg wohne, bewege ich mich unauffällig und vorsichtig. Ich habe Angst, dass ich zufällig auf der Straße erkannt werden könnte.



m Großen Tiergarten und rund um den Nollendorfplatz prostituieren sich minderjährige Jungen, meist aus Rumänien. Das LKA hat Erkenntnisse, dass dies keineswegs freiwillig passiert: Sie werden von ihren Familien zum Anschaffen gedrängt. Deshalb will jetzt die Polizei dagegen vorgehen.

"Ballspielen statt Blowjob" – Mit diesem Slogan startete Anfang Juli eine neue Präventionskampagne des Landeskriminalamts der Polizei Berlin in Zusammenarbeit mit den Polizeiabschnitten 28 und 41, die auch von den Beratungsstellen 'Hilfe für Jungs' und MANEO unterstützt wird. Ziel ist es, die Gesellschaft für das Phänomen der sexuellen Ausbeutung sowie des sexuellen Missbrauchs meist osteuropäischer minderjähriger Jungen in Teilen von Tiergarten und Schöneberg zu sensibilisieren und dadurch das Hinweis- und Anzeigeaufkommen zu verbessern.¹

Vor etwa fünf Jahren wurde das Kommissariat 424 "Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution zum Nachteil von Minderjährigen" erstmals auf die Vorgänge aufmerksam. Die Betroffenen im Alter zwischen 15 und 17 kämen größtenteils aus Rumänien. Laut Martina Millert, Leiterin des Kommissariats, könnten aber auch andere Nationalitäten vertreten sein. In allen bekannten Fällen, die dem LKA bekannt sind. wurden die Jungen von ihren Familien zum Anschaffen gedrängt.²

Bekämpfung sexuellen Missbrauchs

Laut Polizei sind der südliche Bereich der Parkanlage des Großen Tiergartens und die Gegend rund um den Nollendorfplatz Orte, an denen die Minderjährigen ihre sexuellen Dienstleistungen gegen ein geringes Entgelt teils sehr offensiv potenziellen Freiern anbieten. Dabei prostituieren sich die Jungen keineswegs freiwillig. Vielmehr sind sie Opfer von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch. Ihre Minderjährigkeit und der dahinterstehende Zwang sind den Betroffenen nicht immer auf Anhieb anzusehen. Das eingenommene Geld wird den Jungen später abgenommen und dem Familieneinkommen zugeführt. Dabei machen sich ganz klar sowohl die als Zuhälter agierenden Familienangehörigen als auch diejenigen, die diese sexuellen Dienstleistungen in Anspruch nehmen, strafbar.

Wir als MANEO wollen den moralischen Graubereich Sexarbeit nicht bewerten oder kommentieren. Fest steht aber in jedem Fall: Der Schutz der Minderjährigen ist zu gewährleisten. In Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 30 Jahren gilt, heisst es: "Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Kind vor allen Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs zu schützen. Zu diesem Zweck treffen die Vertragsstaaten insbesondere alle geeigneten innerstaatlichen, zweisei-

tigen und mehrseitigen Maßnahmen, um zu verhindern, dass Kinder zur Beteiligung an rechtswidrigen sexuellen Handlungen verleitet oder gezwungen werden oder für die Prostitution oder andere rechtswidrige sexuelle Praktiken ausgebeutet werden."

Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik erklärte dazu: "Die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs, der sexuellen Ausbeutung von Kindern, den Schwächsten unserer Gesellschaft, stellt einen unumstößlichen Schwerpunkt unserer Arbeit dar." Die Kampagne sei laut Slowik ein weiteres Element der polizeilcihen Bekämpfungsansätze, die das Phänomen der sexuellen Ausbeutung sowie des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen in den Fokus nehme. Die Polizeipräsidentin appellierte an die Berliner*innen, möglichst viele verdächtige Beobachtungen dem LKA zu melden, um den Betroffenen aus der Spirale der Ausbeutung, des Missbrauchs und der Gewalt zu helfen.

Neben der zielgerichteten strafrechtlichen Verfolgung der Zuhälter und Freier baut die Polizei Berlin ihre präventiven Maßnahmen weiter aus und steht zudem im engen Austausch mit behördlichen Institutionen und freien Trägern.

Nach dem ersten Monat wurde beschlossen, die Plakate auch den gesamten August über hängenzulassen. Wie MANEO von der Polizei erfuhr, waren zwei Plakate von Unbekannten entfernt worden, die aber wieder ersetzt werden sollten. Nach Ende August soll die Kampagne ausgewertet werden.

1) https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2022/pressemitteilung.1221777.php 2) https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165134.zwangsprostitution-emotionale-zwangslage.

Aufklärungsplakat der Polizei Berlin zum Thema Zwangsprostitution







Gewaltprävention

VOLKSPARK FRIEDRICHSHAIN KONFLIKTE BEIM CRUISING

m Volkspark Friedrichshain wurde schon zu DDR-Zeiten gecruist und es bleibt ein beliebter Cruisingort für die Berliner Community. Leider kam es kürzlich zu Beschwerden.

Den Volkspark Friedrichshain nutzen viele Gruppen für ihre Freizeitgestaltung. Das kann bei Überschneidungen zu Konflikten führen. Im Volkspark gab es in diesem Jahr Beschwerden von Anwohnenden, die Schwule beim Sex am hellichten Tag gesehen hatten.

Dabei ist das Cruising im Park eigentlich nicht das Problem, wenn es wie sonst üblich in den späten Abendstunden und in der Nacht geschieht. Zu dieser Zeit halten sich Kinder im Park nicht auf, die die sexuellen Handlungen beobachten könnten.

Für Cruiser kann es durchaus zu ernsten Konsequenzen führen, wenn sie sexuelle Handlungen in der Öffentlichkeit und vor den Augen Unbeteiligter vornehmen. Sie könnten zum Beispiel wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses (§183a STGB) angezeigt werden.

MANEO hat deshalb seine Vorort-Arbeit und seine Kooperationen im Bereich Volkspark Friedrichshain verstärkt. So haben wir zusammen mit der Polizei Berlin und dem Grünflächenamt von Friedrichshain-Kreuzberg eine gemeinsame Vorort-Aktion am 15.07.2022 organisiert.

Außerdem haben wir unseren Flyer "Schöner Cruisen" überarbeitet. Hier rufen wir dazu auf, achtsam mit den eigenen Hinterlassenschaften (Müll) umzugehen und an Orten und Tageszeiten zu Cruisen, wo das Risiko, von Unbeteiligten entdeckt zu werden, geringer ist.

Gewaltprävention

PRÄVENTION VON HOMOPHOBIE IN EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE

E

s sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass sich Jugendsozialarbeitende homophoben Einstellungen und Äußerungen sichtbar und eindeutig entgegenstellen. Leider wird jedoch viel zu oft darauf verzichtet, sich mit den Jugendlichen darüber auseinanderzusetzen.

Für ein Jugendsozialprojekt hat es viele Vorteile, wenn umgehend auf homophobe und trans*phobe Äußerungen und Einstellungen reagiert wird. Es trägt zu einem offenen und toleranten Klima bei, in dem sich Jugendliche frei entfalten können.

Nicht zugelassen werden darf, dass ethnisch-kulturelle Vielfalt und geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gegeneinander ausgespielt werden, dass es dazu kommt, dass aus falsch verstandener Rücksichtnahme Homophobie oder Trans*phobie in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit hingenommen wird. Das bedeutet, dass ein Klima der Angst und Intoleranz in Kauf genommen wird, mit dem Betroffene nicht nur ausgrenzt, sondern auch gedemütigt, verletzt und krankgemacht werden. Damit wird auch ausgeblendet, dass homophobe Äußerungen, die gegen bestimmte Personen gerichtet sind, durchaus auch strafbar sein können. Gleiches gilt selbstverständlich für Gewalt aus homophoben Motiven.

Klima der Angst verhindert die Entwicklung eines positiven Selbstbildes

Pädagogische Fachkräfte müssen stets davon ausgehen, dass es in ihren Einrichtungen LSBTIQ+ Jugendliche gibt.¹ Diese haben sich unter Umständen noch nicht zu ihrer sexuellen Identität bekannt oder auch nur eine Vorstellung davon entwickelt, dass sie schwul oder lesbisch oder trans* sein könnten. Das bedeutet, dass diese jungen Menschen in einer ihrer vulnerabelsten Lebensphasen schon mit Diskriminierung und Homophobie konfrontiert sind, ohne dass sie wissen, dass sie Ziel dieser Attacken sind oder sein werden. Das hat negative Folgen

beim Aufbau eines positiven Selbstbildes. Diese können sehr gravierend sein. Jugendlichen, die einer sexuellen Minderheit angehören haben ein drei- bis viermal höheres Suizidrisiko.²

Aus diesen und anderen Gründen ist es wichtig, dass pädagogische Fachkräfte homophoben Einstellungen und Äußerungen unmissverständlich entgegentreten. Sie bieten damit Jugendlichen Schutz, die vielleicht gerade dabei sind, ihre Identität als sexuelle Minderheit zu entwickeln. Dieser Schutz kann bei der Lebensaufgabe, ein positives Selbstbild zu entwickeln, sehr hilfreich und unterstützend sein. Nicht zuletzt bietet eine solche pädagogische Haltung einen Raum für Jugendliche, sich mit eigenen Vorurteilen auseinanderzusetzen und diese zu reflektieren.

Herausforderungen in der Bildungsarbeit für Jugendsozialarbeitende

Damit dies gelingen kann ist eine wichtige Voraussetzung, dass Mitarbeitende in Jugendeinrichtungen zuallererst ihre eigenen Einstellungen reflektieren. Dazu gehört, dass sie ihre eigenen Vorurteile erkennen, hinterfragen und reflektieren.

Welche Vorurteile uns dabei begegnen, konnten wir im Rahmen unserer Vernetzungsarbeit mit Einrichtungen der Jugendhilfe erkennen. In der Vorstellung unserer Arbeit und unserer Angebote sowie im gegenseitigen Austausch waren wir im letzten Jahr von mehreren pädagogischen Fachkräften gebeten worden, uns auch mit einer Einrichtung zu vernetzen, die Prävention von Kindesbrauch betreibt. Diese Arbeit sei ja ungemein wichtig.

Deutlich wurde, welche Ängste und Unsicherheiten die pädagogischen Fachkräfte im Umgang mit LSBTIQ+ haben. Mit diesen eigenen Ängsten und Unsicherheiten werden bewusst oder unbewusst nun auch Jugendliche in ihren Einrichtungen konfrontiert.

Neben der Herausforderung, sich auf Seiten der Fachkräfte um mehr Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zu bemühen, wird deutlich, wie wenig in den Ausbildungseinrichtungen zur Jugendsozialarbeit das Thema Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass gegen LSBTIO+ behandelt wird.

Quellen

- 1) Vgl. Klocke, U., Salden, S., & Watzlawik, M. (2018). Vielfalt in der Schule fördern. dji impulse. 2/18(120). 26-29.
- 2) Vgl. ebd.





- **OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT**
- **MELDESTELLE / REPORTING POINT**
- **GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION**
- **ENGAGEMENT / EMPOWERMENT**



Ende April 1945 war der Zweite Weltkrieg so gut wie vorbei. Berlin war komplett eingeschlossen, die Rote Armee stand schon an der Zitadelle in Spandau. Wenig später fuhr ein russischer Propagandawagen durch die Straßen und verbreitete die Nachricht: "Deutsche Offiziere, herhören! Der Kampf um Berlin ist beendet. Der Krieg ist aus! Die Zitadelle ist eingeschlossen - ergeben Sie sich!"

Zwei Wochen vor der Kapitulation Deutschlands, am 24. April 1945, wurden alle Inhaftierten der Polizeiarrestanstalt in der Moritzkaserne freigelassen. Alle – bis auf vier Männer: Otto Jordan, Reinhold Hofer, Willi Jenoch und Erich Bautz.

Von Kollegen ermordet

Sie wurden auf einen Lastwagen verladen. Sechs ihrer Kollegen waren dabei, sie bildeten das Exekutionskommando. Die Fahrt endete in der Pionierstraße, auf dem Gelände der Polizei in Spandau. Ein Mann nach dem anderen wurde vor das Exekutionskommando gestellt, begleitet von einem Kollegen jeweils rechts und links. Die vier schwulen Polizisten starben durch einen Genickschuss. Ihr Vergehen: Sie liebten Männer. Eine Vernehmung gab es nicht, auch keine Gerichtsverhandlung. Die Exekution unter der Leitung von Alfred Wandelt, Oberleutnant der Schutzpolizei, dauerte eine Dreiviertelstunde lang.

Bislang vergebliche Suche nach den sterblichen Überresten Doch wo sind die Leichen der Kollegen geblieben? Was man heute weiß: In der Pionierstraße soll für die vier Männer ein Grab ausgehoben worden sein. Dieser Hinweis stammt aus der Aussage von einem der Täter, doch bisher suchte die Berliner Polizei vergeblich nach den sterblichen Überresten der Männer. Das Bemühen geht auf eine Initiative von Polizeihauptkommissar Ralf Kempe zurück, unterstützt von Dr. Jens Dobler von der Polizeihistorischen Sammlung.

Über mehrere Jahre haben die beiden Männer über das Schicksal der ermordeten Polizisten recherchiert, Militärarchive angeschrieben und Luftbilder ausgewertet. Ziel: den Toten ihre Würde zurückgeben.

Doch die Dokumentenlage ist dürftig. Nach Kriegsende haben die Russen laut Kempe viele Unterlagen mitgenommen. Und Luftbildaufnahmen von dem großen Polizeigelände stammen entweder aus der Zeit vor der Hinrichtung oder danach, nachdem dort Panzer hindurchgerollt waren.

Foto: 22.04.2022 - Enthüllung der Gedenktafel für die vier ermordeten Polizisten vor dem Polizeiabschnitt 21 in Berlin-Spandau durch Thomas Goldack, Leiter der Direktion 2 und Direktor bei der Polizeipräsidentin von Berlin, und Bastian Finke, Leiter von MANEO. Foto © Polizei Berlin.

Gerichtsverfahren gegen den Leiter des Exekutionskommandos

Was man heute weiß, ist vor allem einem Gerichtsverfahren zu verdanken, das 1947 und 1948 gegen Alfred Wandelt wegen der Ermordung der vier Polizisten geführt wurde. Angestrengt hatte es die Witwe von Otto Jordan. Sie hatte ihren Mann täglich im Arrest besucht, bis er am 14. April 1945 nicht mehr dort anzutreffen war. Nach Kriegsende fuhr sie nach Spandau und fragte sich bis zu Oberleutnant Wandelt durch, dem Leiter des Exekutionskommandos. Ihr Mann sei angeblich im Krieg gefallen, teilte er der Witwe mit. Doch sie muss die Wahrheit herausgefunden haben, denn sie stellte nach dem Krieg eine Strafanzeige.

Im Prozess schilderte Wandelt dann auch den genauen Ablauf der Hinrichtungen. "Die Sache sollte bis 21 Uhr erledigt sein", gab der Angeklagte zu Protokoll. Und pünktlich um 21.15 Uhr sei er wieder in seiner Unterkunft gewesen.

Suche nach den sterblichen Überresten geht weiter

Seither sind 77 Jahre vergangen. Im Herbst 2021 wurden binnen einer Woche mehr als 60 Löcher auf dem Spandauer Gelände gegraben. Leider ohne Erfolg. Zum Abschluss nahm der Suchtrupp Abschied: Am Waldrand gab es eine Trauerfeier mit einer Seelsorgerin.

Aber Hauptkommissar Kempe, der auch LSBTI*-Ansprechperson bei der Polizei in der Direktion 2 ist, gibt noch nicht auf. Diesen September, kündigte er bei der MANEO-Feierstunde im Juli an, soll noch einmal in Spandau nach den Überresten der ermordeten Polizisten gesucht werden.

Gedenktafel vor dem Polizeiabschnitt 21 neu enthüllt

Dass Otto Jordan, Reinhold Hofer, Willi Jenoch und Erich Bautz nicht vergessen werden, dafür sorgt eine neue Gedenktafel im Polizeiabschnitt 21 in Berlin-Spandau. "Zum Gedenken und zur Mahnung", heisst es auf der Tafel. "Sie sind unvergessen."

Die Tafel war gemeinsam vom Thomas Goldack, Leiter der Direktion 2 und Direktor bei der Polizeipräsidentin von Berlin, und Bastian Finke, Leiter von MANEO, am 22. April 2022, anlässlich des 77. Todestages der Männer enthüllt worden.

- 1) https://www.spiegel.de/geschichte/tagebuch-eines-volkssturm-mannes-kriegsende-in-der-zitadelle-berlin-spandau-a-949519.html
- 2) https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/10/berlin-polizei-spandauer-wald-homosexualitaet-ns-zeit.html
- 3) https://www.rnd.de/panorama/hingerichtet-weil-sie-homosexuell-waren-wie-ein-berliner-polizist-nach-verscharrten-kameraden-sucht-YIIE24EOFBDIXCYYJXAVWZWWIQ.html



Foto: 15.07.2022 - Hissung der Regenbogenfahne vor dem Berliner Polizeipräsidium. Im Bild (v.l.n.r.): Michael Späth, Ansprechperson der Polizei Berlin für LSBTI, Anne von Knoblauch, Ansprechperson der Polizei Berlin für LSBTI, Dr. Barbara Slowik, Polizeipräsidentin der Polizei Berlin, Alexander Scheld, LSVD Berlin-Brandenburg, Bastian Finke, Leiter von MANEO. (Foto: Polizei Berlin)

erlin Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik zeigt anlässlich der beginnenden Pride-Week in Berlin Flagge. Gemeinsam mit nahezu 100 Vertreter*innen der Polizeibehörde, der Community und MA-NEO wurde am 15. Juli die Regenbogenflagge vor dem Polizeipräsidium gehisst.

Auf Bitten von MANEO wurde in diesem Jahr wieder eine Regenbogenflagge vor dem Berliner Polizeipräsidium gehisst. Frau Dr. Barbara Slowik verwies in ihrer Ansprache darauf, dass sich die Berliner Polizeibehörde unter ihrer Leitung beständig weiter gegen LSBTIQ+ -feindliche Hassgewalt sowie gegen jede Form von vorurteilsmotivierter Menschenfeindlichkeit in Berlin einsetzt wird. Sie verwies u.a. auf die in der Berliner Polizeibehörde gewachsene Selbstverständlichkeit, ebenso auf die geschaffenen Strukturen mit LSBTIQ+ -Ansprechpersonen im Landeskriminalamt, in der Polizeiakademie, in den Berliner Polizeidirektionen und auf vielen der bestehenden Polizeiabschnitten, die zur Sensibilisierung unter Behördenmitarbeiter*innen beitragen ebenso als Ansprechpersonen auch für Bürger*innen und Betroffene. Denn nach wie vor ereignen sich weiterhin täglich Fälle von Diskriminierung und Übergriffe gegen LSBTIQ+ in Berlin, die bei der Polizei angezeigt werden. Ihre Behörde weiß, dass das Dunkelfeld hoch ist und weiter Vertrauensarbeit geleistet werden muss. Sie bedankte sich dabei ausdrücklich auch bei MANEO für die fortgesetzte Zusammenarbeit, eben auch in schwierigen Zeiten, so wie jetzt, nachdem Anfang 2021 der Datenschutzbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft den bisherigen Austausch von statistischen Informationen ausgeschlossen hat.

Sorge um den unterbrochenen Informationsaustausch

In seiner Ansprache ging Bastian Finke, Leiter von MANEO, auch auf dieses Problem ein. Er verwies auf die weiter bestehenden Herausforderungen in der Vertrauensbildung. Viele Menschen haben noch immer nicht die Nachricht erhalten, dass es die Polizei ernst meint im Kampf gegen LSBTIQ+ - feindliche Hassgewalt. Er verwies auf ein Beispiel, das deutlich macht, wie mühsam sich die Vertrauensarbeit entwickelt hat. 1993 sollte die Abschlussveranstaltung des CSD in der Wuhlheide stattfinden. Wenige Tage zuvor wurde bekannt, dass sich nur 500 Meter weiter Rechtsradikale zu einem Liederabend treffen wollten. Die Polizei trat mit einem großen Polizeiaufgebot auf, um die CSD-Veranstaltung zu schützen, zu der sich am frühen Abend etwa 6.000 Menschen auf dem nicht abgezäunten Gelände versammelt hatten. Die Polizei bat den Moderator der Bühne darum, eine Durchsage zu machen, dass alle Gäste gebeten werden sich am Veranstaltungsort aufzuhalten, damit die Polizei die Übersicht behält, wer zu welcher Veranstaltung gehört. Daraufhin machte der Moderator die Durchsage, dass die Polizei die Veranstaltung nicht länger schützen könne, und dass deshalb alle zusammenrücken sollten. Innerhalb der nächsten 30 Minuten hatten zum Entsetzen der Veranstalter die 6.000 Gäste den Veranstaltungsort verlassen. Es ging nicht nur um ein Missverständnis, sondern auch darum, dass Menschen polizeilicher Arbeit nicht trauten. Dazu darf es nie wieder kommen. Deshalb blickt MANEO auch mit großer Sorge auf den unterbrochenen Informationsaustausch, der nicht nur die Präventionsarbeit gefährdet, sondern auch die aufgebaute Vertrauensarbeit. Bastian Finke danke ausdrücklich Frau Dr. Barbara Slowik dafür, dass die Polizei zu einer sehr ähnlichen Einschätzung kommt und sich darüber MANEO und Polizei einig sind.







Ressourcen - Mitarbeiter

FEIERSTUNDE IN WÜRDIGUNG DES EHRENAMTLICHEN ENGAGEMENTS FÜR MANEO ERSTE MANEOFEIERSTUNDE NACH 3 JAHREN PAUSE

m 14. Juli hat MANEO zur Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO ins Rathaus Schöneberg eingeladen. Nach drei Jahren Corona-bedingter Pause konnten wir endlich wieder in einem festlichen Rahmen den Einsatz unserer Mitarbeiter würdigen.

Am Donnerstagabend vor dem Lesbisch-Schwulen Straßenfest im Regenbogenkiez lud MANEO zur Feierstunde in den John-F.-Kennedy-Saal im Rathaus Schöneberg ein. Gut 70 Gäste waren der Einladung gefolgt, u.a. Vertreter*innen des Bezirks, unter ihnen der Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Jörn Oltmann, und Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (CDU), Abgeordnete des Abgeordnetenhauses, hier Sebastian Walter (MdA, Grüne) und Matthias Schulz (MdA, SPD), sowie zahlreiche MANEO-Beiratsmitglieder wie Lala Süsskind, Seyran Ate, Christa Arnet, Rolf Schütte, Dr. Christian Messer und der langjährige Panorama-Programmleiter bei der Berlinale, Wieland Speck. Gekommen waren viele weitere Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen von MANEO, u.a. der Schauspieler Pierre Sanoussi-Bliss, die Stadtteilmütter aus Neukölln, die Berliner Polizei, unter ihnen Eva Petersen, Leiterin der Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt Berlin und Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und Anne von Knoblauch und Michael Späth, LSBTI-Ansprechpersonen im LKA, sowie Staatsanwalt Markus Oswald, LSBTI-Ansprechperson bei der Berliner Staatsanwaltschaft.



14.07.2022 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg.

Vermittlerrolle gewürdigt

Das Grußwort hielt der Hausherr und Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (Grüne); Oltmann würdigte das "außergewöhnliche Engagement", das MANEO seit über 32 Jahren in Berlin leistet. Der Grünen-Politiker hob zudem lobend hervor, wie sehr MANEO durch seine Arbeit in der Vergangenheit in Berlin immer wieder vermittelt hat zwischen der LSBTI*-Community auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft, den Behörden, dem Bezirk und der Polizei auf der anderen.

MANEO-Leiter Bastian Finke bedankte sich bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern und erklärte: "Es war mir ein großes Anliegen, dass wir uns nach 3 Jahren wieder persönlich sehen und wir die Gelegenheit haben, uns in dieser Form bei allen unseren Mitarbeiter, Unterstützer*innen, Freund*innen und Helfer*innen zu bedanken."

Die Herausforderungen bleiben weiterhin riesig.

Finke sagte in seiner Rede: "Die Herausforderungen bleiben



weiterhin riesig. Der Kampf gegen LSBTI*-feindliche Hassgewalt und gegen das Bagatellisieren dieser Gewalt ist und bleibt wichtig." Dabei verwies er u.a. auf die Flut an Hasspost, die nach der Hissung der Regenbogenflagge an der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee gegen die Verantwortlichen eingesetzt hat.

Kurz vor Beginn des Lesbisch-Schwulen Straßenfest erinnerte er an die Anfänge der Veranstaltung, die 1992 auf seine Initiative ins Leben gerufen waren war. "Der Spirit von früher fehlt mir heute ein bisschen. Im Vordergrund stehen zu viele Ichs und Egos", mahnte Finke. Er vermisst außerdem Innovationskräfte, die gerade in Anbetracht der gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise alle beschäftigen sollten. Er erinnerte daran, dass er schon 1993 und 1994 darum bemüht war, das Stadtfest mit Solarstrom zu versorgen.

Bastian Finke thematisierte auch noch einmal die Informationssperre zwischen der Polizei und MANEO, die vom Datenschutzbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft verfügt worden war: Seit dem vergangenen Jahr erreichen MANEO keine



14.07.2022 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg. Im Bild (v.l.n.r.): Beiratsmitglieder von MANEO Seyran Ateş, Rolf Schütte und Christa Arnet.



14.07.2022 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg. Im Bild (v.l.n.r.): Bastian Finke, Leiter von MANEO, Seyran Ateş, Ibn-Rushd-Goethe-Moschee und Beiratsmitglied von MANEO, und Matthias Steuckardt, Stadtrat für Soziales Tempelhof-Schöneberg.

anonymisierten Eckinformationen mehr zu LSBTI*-feindlichen Taten durch die Polizei. Durch den Abbruch des langjährigen Austauschs droht nun aber Schaden für die Partnerschaft und für die über Jahre verbesserte Anzeigebereitschaft der Opfer. Dass es ausgerechnet in der Regenbogenhauptstadt nun diese Infosperre gibt, nannte Finke eine "Posse", die den Ruf Berlins als Regenbogenhauptstadt gefärdet, weil dringend erforderliche Präventionsarbeit liegen bleibt.

Gedenken an ermordete Polizisten

Polizeihauptkommissar Ralf Kempe schließlich hielt eine Rede über das Schicksal der vier im April 1945 exekutierten schwulen Berliner Polizisten, zu deren Würdigung im Frühjahr eine neue Gedenktafel am Polizeiabschnitt 21 eingeweiht wurde: Otto Jordan, Reinhold Hofer, Willi Jenoch und Erich Bautz. Weil sie verdächtigt wurden homosexuell zu sein, wurden sie von den Nazis kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Tod bestraft: Genickschuss. Eine polizeiliche Vernehmung gab es nicht, auch keine Gerichtsverhandlung.*

In der Spandauer Pionierstraße soll sich das Grab für die vier Männer befinden. Dieser Hinweis stammt aus der Aussage von einem der Täter, doch bisher suchte die Berliner Polizei vergeblich nach den sterblichen Überresten.

Dass weiter danach gesucht wird, geht auf eine Initiative von Polizeihauptkommissar Kempe zurück, unterstützt von Dr. Jens Dobler von der Polizeihistorischen Sammlung. Die beiden haben über mehrere Jahre über das Schicksal der Männer recherchiert, Militärarchive angeschrieben und Luftbilder ausgewertet. Ziel: den Ermordeten ihre Würde zurückgeben. In kommenden September, kündigte Polizeihauptkommissar Kempe bei der Feierstunde an, soll noch einmal in Spandau nach den Überresten der ermordeten Polizisten gesucht werden.

Regenbogenkuchen-Anschnitt

Im Anschluß an den bewegenden Vortrag wurde im John-F.-Kennedy-Saal ein Regenbogenkuchen angeschnitten, der in diesem Jahr vom Hotel InterContinental Berlin gestiftet worden war.

Alle Gäste nutzten das Zusammenkommen und Wiedersehen, um anzustoßen und sich auszutauschen. In Anbetracht der Hitze erwies sich der Balkon als angenehmer Ort, um bei etwas Abkühlung das Gespräch fortzusetzen.

Fußnot

*) https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/10/berlin-polizei-spandauer-wald-homosexualitaet-ns-zeit.html 14.07.2022 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg. Im Bild (v.l.n.r): Pierre Sanoussi-Bliss, Schauspieler, langjähriger Unterstützer der Arbeit von MANEO, Bastian Finke, Leiter von MANEO, und Wieland Speck, Beiratsmitglied von MANEO und langjähriger Panorama-Programmleiter bei der Berlinale.



14.07.2022 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg. Im Bild Gastredner Ralf Kempe, Erster Polizeihaupkommissar in der Polizeidirektion 2 (West).





ENGAGEMENT BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG



Mann-O-Meter e.V. | Bank für Sozialwirtschaft BIC: BFSWDE33BER I IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00.

Uber jede Spende wird eine Spendenquittung ausgestellt. Bitte teilen Sie uns dazu Ihre Adresse mit. Die Spende kommt ausschließlich den o.g. Zwecken des gemeinnützigen Vereins zu Gute.

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von *Mann-O-Meter e.V. //* Bülowstraße 106, 10783 Berlin Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER (Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.



